

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschiff: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Zammelnnummer: 26 241.  
Nur für Nachschreiber: 20 011.

Wegzugs-Geld für die Zeit in Dresden und Umkreis bei einmaliger Zulassung (an Sonn- und Montage nur einmal) liegt bei einmaliger Zulassung durch die Post (ohne Befreiung) 4,30 M. monatlich 1,40 M. Wegzugs-Geld. Die einmalige Zeit (einschl. 6 Wochen) 10 M. Wegzugs-Geld u. Wegzugs-Geld in Summe nach Sonn- u. Montag 12 M. 10%, Zerstreuungsgeld. — Baum. Kultur. geg. Vorauszahlung. — Wegz. 10 M.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Siepich & Reichardt in Dresden.

Kabnum nur mit bestellter Quittung (Dresdner Nachr.) möglich. — Inserate-Geldscheine werden nicht angenommen.

## Die Unterbrechung der deutsch-russischen Verhandlungen.

Die Mehrheit des Hauptausschusses für die deutsche Regierung. — Abreise Buchanans aus Petersburg. — Wilson und Lloyd George. Die englischen Lebensmittelnot. — Französische Schiffsverluste im Dezember. — Die schweren englischen Verluste bei Cambrai.

### Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 4. Jan., abends. (Amtlich. 28. T. 2.)  
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 4. Jan. Amtlich wird verlautbart:

**Oestlicher Kriegsschauplatz**  
Waffenstillstand.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
Keine Ereignisse von Belang.

(28. T. 2.) Der Chef des Generalstabs.

### Das Selbstbestimmungsrecht.

Auch politische Schlagworte haben ihre Geschichte und ihre Geschichte. Auf dem Wiener Kongreß seinerzeit war ungefähr ebensolche die Rede von dem „legitimistischen Prinzip“, wie heute von dem Grundsatze des demokratischen Friedens. Und wie es heute viele Leute gibt, die der Ansicht sind, der Weltfrieden könne auf keine andere Weise gesichert werden als eben durch die Verwirklichung der demokratischen Idee als solcher und all der davon abgeleiteten Grundsätze von Verständigung und Versöhnung, von dem Schutze und dem Selbstbestimmungsrechte der kleinen Völker, so hielt man damals alle Hindernisse und Bemerkungen in der großen Politik für beiseite, alle Reibungsflächen für ausgeschaltet durch die Einigung der legitimen Herrscher Europas in der Weltigen Allianz. Auch damals erkund man verschiedene Rezepte zur Behebung und Vermeidung internationaler Streitigkeiten, und das vornehmste davon war der Grundsatze der Internationalisierung (u. Neutralisierung von Meerestrafen und Gebietsstreifen). Gab es irgendwo Punkte oder Länder von großer strategischer Bedeutung, so wurden sie neutralisiert. Da keine Macht der anderen den französischen Besitz angesehen wollte, jede sich vielmehr in diesem Falle bedroht gefühlt haben würde, kam man überein, ihn keiner zu geben, sondern neutrales Gebiet daraus zu machen. Auf diese Weise ist bekanntlich der belgische Staat zustande gekommen. Auch die Internationalisierung der Scheldemündung ist, ebenso wie die des Suezkanals, von diesem Gesichtspunkte aus zu verstehen. Wie wenig diese schönen Theorien der harten Wirklichkeit standhalten vermochten, dafür geben gerade Belgien und der Suezkanal die besten Beispiele ab. Es zeigte sich — und zwar längst nicht erst bei Ausbruch des Weltkrieges —, daß die widerstreitenden Interessen der Großmächte alle feierlichen Neutralitäts-erklärungen überlebten, daß Interessengegenstände auf diese Weise schließlich nicht aus der Welt geschafft werden können. In der Tat, wie sollten auch durch solche Abmachungen beispielsweise die Engländer daran gehindert werden, zu glauben, ihre Interessen an Belgien, am Suezkanal, an allen möglichen Punkten der Erdoberfläche seien wichtiger und gewichtiger, als die jeder anderen Macht? Wer sollte sie daran hindern, aus diesem ihrem subjektiven Glauben die entsprechenden Folgerungen für ihre Politik zu ziehen, wie sie es denn auch in der Tat getan haben, als sie Ismail-Pascha seine Suezkanal-Aktien abkaufen, als sie die Kolonialpolitik Leopolds II. von Belgien als Handhabe ergriffen, um auf die Richtung der belgischen Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen? Das stand noch nicht einmal — wie die späteren Abmachungen mit dem belgischen Generalstab — mit dem Wortlaut des Neutralitätsvertrages im Widerspruch, und doch war Belgien schon dadurch, daß die Engländer durch drohende Gebärden am Kongo die Brüsseler Regierung einzuschüchtern vermochten, tatsächlich aus seiner Neutralität herausgehoben und unter englische Vorkaufsrechte gezwungen. Hinzu kommt noch eins, was auch nicht ganz unwesentlich ist, nämlich die Tatsache, daß auch nach einer Neutralisierung der politische Wille des betreffenden Volkes nicht ganz ausgeschaltet ist. In dieser Hinsicht wäre darauf zu verweisen, daß die Brüsseler Regierung, mit dem König Albert an der Spitze, schon lange Zeit vor dem Kriege aus ihrem französischfreundlichen Herzen keine Würdegrube gemacht und niemand energischer das Vorhandensein einer „belgischen“ Volkseele in Abrede gestellt hat, als eben die Belgier selber, nämlich die Wallonen auf der einen und die Flamen auf der anderen Seite. Diese „belgisch-neutrale Volkseele“ hat es nirgends gegeben als in den Gründungsakten des Königreichs nach der Revolution von 1830. Nicht alles aber, was in den Akten steht, ist auch in Wirklichkeit vorhanden.

In diese Geschichte der vielgepriesenen Neutralisierungstheorie führt man sich erinnert, wenn man vernimmt, wie die Mehrheitsparteien des Reichstages heute das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker als Mittel gegen den Krieg empfehlen. Durch die Verwirklichung dieser Theorie werden nach Herrn Erzberger — und wer würde das besser als er? — alle Reibungsflächen ausgeschaltet, wird das goldene Zeitalter des ewigen Friedens heraufgeführt. Deshalb verlangt er baldmöglichste Räumung der besetzten Gebiete im Osten, und würde es am liebsten sehen, wenn die deutsche Stadt Riga mit den Inseln zu einem freien Staate gemacht, d. h. neutralisiert würde. Wir haben zwar das belgische Beispiel vor Augen, mußten es erleben, wie der „Internationale“ Suezkanal englisch wurde, finden, mit Ausnahme der Schweiz, die durch ihre Lage eine Sonderstellung einnimmt, überhaupt kein Beispiel eines lebensfähigen neutralisierten Staates, — das tut aber nichts, wenn vom Schlage Erzbergers ist das politische Experimentieren eine feste Gewohnheit, andere, vom Schlage Scheidemanns, kennen kein höheres Ziel, als ihre verstreuten politischen Ideologien einmal auf ihre praktische Tragfähigkeit zu prüfen. Wenn dann der naturnotwendige Zusammenbruch eintritt, dann ist natürlich alles möglich andere schuld. Die Theorie hat, und sei sie auch noch so falsch, ewiges Leben, wenigstens in deutschen Köpfen. Bei uns glaubt man, auch nach den furchtbaren Erfahrungen dieses Krieges, immer noch das politische Leben in den spanischen Stiefel irgend eines Dogmas einschließen zu können. Es geht aber nicht, das Leben der Staaten ist viel zu reich und vielfachig, als daß man es auf Flaschen abziehen könnte, der natürliche Lebenskreis der Völker viel zu gewaltig, als daß er nicht immer wieder die am grünen Tische erklügelteten Formeln sprengte. Wenn es wahr ist — und eine Jahrhundert alte Erfahrung bestätigt es —, daß der Kampf der Väter aller Dinge ist, dann muß auch der Satz Geltung haben, daß schließlich und zuletzt in der Politik immer die Macht entscheidet. Praktisch wird uns also das Selbstbestimmungsrecht und die Idee der Internationalisierung, die die Mehrheitsparteien im Falle Rigas zu neuem Leben erwecken wollen, so wenig den Frieden sichern, als das früher der Fall gewesen ist. Das Ergebnis der Verhandlungen von Brest-Litowsk wird von der Welt und der Geschichte nur nach den tatsächlichen Machtverhältnissen gewertet werden, der Friede dann um so sicherer sein, je mehr wir uns dem Volkswillen Ideal genähert haben werden, nämlich Deutschland eine Stellung geschaffen haben in der Mitte Europas, die es in den Stand setzt, den Frieden zu diktiert.

Die Möglichkeit hierzu liegt vor und könnte, wie die Dinge nun einmal liegen, auch wahrgenommen werden unter weitgehender Berücksichtigung des Grundsatzes von der Selbstbestimmung, sofern er auch in Ostland und Ostland durchgeführt würde. Beide Länder haben der Sehnsucht nach Unabhängigkeit Ausdruck gegeben, die Kräfte haben sie aus eigener Kraft schon in weitgehendem Maße verwirklicht, ebenso bekanntlich die Ukraine, deren Selbstständigkeit von der maximalistischen Regierung sogar schon anerkannt ist. Ja, man kann sagen, daß die Ukraine heute schon ein auch von internationalen Standpunkte aus unabhängiges Staatswesen darstellt, da ja Vertreter der Rada in Brest-Litowsk eingetroffen sind und mit den Mittelmächten verhandeln. Auch seitens der Landesausführer in den besetzten deutschen Gebieten liegen klare Willenserklärungen vor, die eine endgültige und den Interessen des Reiches entsprechende Regelung der Gebietsfragen ermächtigt hätten, wenn nicht die russische Regierung infolge engherziger Einflüsse plötzlich eine ablehnende Haltung gezeigt haben würde, eine Haltung, die um so unverständlicher ist, als ja die deutschen Vertreter sich damit einverstanden erklärt haben, eine Willenserklärung der betreffenden Völker noch einmal auf breiterer Basis herbeizuführen. Dieses Entgegenkommen eines unerbittlichen Anbotes fast den Eindruck, als ob unsere Unterhändler vergessen hätten, daß Hindenburg die Russen abschlagen und dadurch das Tor zum Frieden überhaupt erst aufgemacht hat. Wenn hierin jetzt eine Änderung eingetreten ist, so kann das in Petersburg nur heilsam wirken. Herr Lenin weiß, daß er sich nur durch keine Friedensarbeit zu behaupten vermag, daß er jeden Kredit im Ozean verlieren würde, wenn er die Friedenshoffnungen der Soldaten wückte. Wohlherweise ist für eine spätere Zukunft mit einem Sturze oder einer Umbildung der Maximalisten-Regierung zu rechnen, darauf deutet jedenfalls das Ergebnis der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung hin. Diese Erwägung kann aber nur dazu führen, unsere Sicherungen nach Osten hin möglichst zu verhärtet, um von vornherein irgendwelchen imperialistischen Verkrebungen, mit deren Wiedererwachen aller Wahrscheinlichkeit nach gerechnet werden muß, die Spitze abbrechen zu können. Die

russischen Imperialisten werden wir nicht zu unseren Freunden machen durch eine vielleicht maximalistische Idee entsprechende Verzichtspolitik, eher auf dem umgekehrten Wege, denn Rußland ist weit und die russische Volkseele breit. Ein Revanchegedanke französischer Art ist dem Russen, wie die Geschichte der russisch-japanischen Beziehungen deutlich lehrt, fremd. Haben wir den Russen also die Hoffnung genommen, nach Weien hin Eroberungen machen zu können, stehen wir an unserer Diktatur so stark da als nur möglich, dann und nur dann können wir späterhin dem englischen Einfluß in Petersburg die Waage halten, dann und nur dann wird es gelingen, das russische Gesicht nach Osten zu drehen. Die paar Radenwirbel, die nach dem Wort des Schweden Nellen das bisher verhindert haben, sind mittlerweile gebrochen worden. Alles kommt jetzt darauf an, daß die Reichsleitung fest und entschlossenen politischen Willen bewahrt und sich durch keinerlei Treibereien aus der klar vorgezeichneten Bahn drängen läßt. Wir haben Hindenburg auf unserer Seite und ein siegenewohntes Heer — das sind die denkbar sichersten Friedensbürgschaften. Sie gehalten uns, die weitere Entwicklung in vollster Ruhe abzuwarten.

### Die Unterbrechung der russisch-deutschen Verhandlungen.

Brest-Litowsk, 4. Jan. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Verbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der vier verbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. M. telegraphiert, daß sie jede Fortsetzung der Verhandlungen ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen. (28. T. 2.)

b. Nach der Verjagung der Hauptausschuss-Verhandlungen trafen die Fraktionen ankommen, um zu der Erklärung des Grafen Hertling Stellung zu nehmen. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, steht die Mehrzahl der Abgeordneten auf dem Standpunkt der Regierung und hält es mit der Würde des Deutschen Reiches unvereinbar, auf die Forderung der russischen Regierung, die Fortsetzung der Verhandlungen nach Stockholm verlangte, einzugehen.

b. Berlin, 4. Jan. (Ein. Drahtmeld.) In parlamentarischen Kreisen weiß man noch der „Kak. Na.“ daran hin, daß, falls die Ereignisse in Brest-Litowsk zum absoluten Abbruch der Verhandlungen führen sollten, dies eine Veränderung der parteipolitischen Konstellation nach sich ziehen könnte und zugleich eine neue Richtung unserer auswärtigen Politik bedingte und erforderte.

b. Berlin, 4. Jan. (Ein. Drahtmeld.) Im Anschluß an die heutige Sitzung des Hauptausschusses fand eine mehrstündige vertrauliche Besprechung zwischen führenden Mitgliedern der Nationalliberalen und des Zentrums statt. Im Verlauf der Aussprache wurde vollkommene Einmütigkeit in der Beurteilung des energischen Auftretens des Grafen Hertling und der dadurch geschaffenen Lage festgestellt. Mit Rücksicht auf die durch die neuen Forderungen der russischen Friedensunterhändler geschaffene politische Lage nahmen nachmittags die interfraktionellen Besprechungen ihren Fortgang.

### Die Presse über den Zwischenfall.

Zu dem Zwischenfall in Brest-Litowsk sagt die „Trib. Tagblatt“, daß die deutsche Regierung der russischen in ihrer immer bedrängter werdenden Notlage geradezu beipflichtet bis weit über die Grenze des Zulässigen hinaus eingekommen sei. Die russische Regierung, geküßt und beeinflusst von den Westmächten, sei der Ansicht, das Deutsche Reich benötige bereits einen sofortigen Frieden, es müsse auf alle russischen Forderungen eingehen, lediglich aus Respekt, daß die Verhandlungen vielleicht nicht schnell genug zum Ergebnis gelangen. Es liege jetzt die Möglichkeit vor, die Verhandlungen mit Rußland deutschseits auf eine neue Seite und national erprobliche Grundlage zu stellen. Diese Möglichkeit dürfe nicht versäumt werden. Der russischen Regierung müsse endlich gezeigt werden, daß der Besiegte dem Sieger nicht seine Meinung und seinen Willen aufzwingen kann.

Der „Vol. Ana.“ schreibt, daß, wenn wir nicht nur gegenüber den Westmächten, sondern jetzt auch gegenüber der augenblicklichen russischen Regierung von den Bindungen ersch würden, die unsere Unterhändler freiwillig — unter Vorantritt der bekannten Reichstagsmehrheit — auf sich genommen haben, so brauchen wir uns über diese Wendung der Dinge gewiß nicht zu grämen. Im Gegenteil: weite Kreise des deutschen Volkes würden erleichtert aufatmen, wenn wir auf diese Weise wieder Herren über unsere Entscheidungen in Ost und West würden und wenn das Nachlaufen hinter angeblichen Friedensfreunden jenseits unserer Grenzen damit endlich einmal aufhörte.

Die „Tagl. Rundsch.“ teilt, daß die russischen Unterhändler, des all zu keinen Solches der westeuropäischen